Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 193. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 19. August 1933. | 15. Jahrgang.

Liebe ist stark wie der Tod,
Liebe bricht durch die Not,
Liebe trägt hellsten Schein
In dunkle Nacht hinein.
Liebe hat reines Licht,
Suchet das Ihre nicht.
Liebe gibt alles hin,
Geben ist ihr Gewinn.

M. L. von Gordon.

Geburtenrückgang und Sozialpolitik.

JAB. Der Rückgang der Geburtenziffer in den europäischen Ländern wirft nicht nur Probleme sittlicher und völkischer Art auf, er hat auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik weitgehende Wirkungen.

Während sich die Geburtenziffer in den europäischen Ländern jahrhundertelang um 40 Lebendgeburten jährlich auf 1000 Einwohner bewegte, ist sie unter dem Einfluß der modernen Zivilisation ständig gesunken. Zuerst trat diese Erscheinung in Frankreich zutage, wo sie langsam, aber stetig das ganze 19. Jahrhundert hindurch zu beobachten war. Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts wurden auch Deutschland, die Schweiz und die nordischen Länder von dem Geburtenrückgang erfaßt, d. h. also Länder, die von den germanischen Völkern bewohnt werden. Ging die Geburtenziffer zunächst in diesen Ländern kaum merklich zurück, so sank sie zu Beginn des neuen Jahrhunderts immer schneller und stürzte schließlich geradezu ab. Im Jahre 1931 entfielen in Frankreich auf 1000 Einwohner 17,4 Geburten, in Deutschland, 16,0, in der Schweiz und Norwegen 16,7, in England 15,8 und in Schweden 14,8.

Während und nach dem Kriege begann auch die Geburtenziffer in Italien und Ungarn, auf der iberischen Halbinsel, in Polen, in Sowjetrußland und auf dem Balkan zu sinken, wobei die Entwicklung schon von Anfang an in einigen Ländern außerordentlich schnell vor sich ging

Eine parallele Bewegung ist in den Ueberseeländern, in denen die westliche Zivilisation überwiegt, insbesondere in den Vereinigten Staaten zu beobachten.

Im Bevölkerungsaufbau bedeutet der Geburtenrückgang eine Vergreisung der Völker. Der Anteil der Kinder innerhalb der Bevölkerung wird immer geringer, während die Zahl der älteren und alten Personen immer mehr wächst. Auf wirtschaftl. Gebiet ergibt sich daraus die Tatsache, daß sich die Zahl der Verbraucher innerhalb der Bevölkerung im Verhältnis zu den Erzeugern ständig verringert. Denn derjenige Teil der Bevölkerung, der wirtschaftlich tätig ist, besteht fast vollständig aus Erwachsenen, während die Kinder zu dem wirtschaftlich passiven Teil der Bevölkerung gehören. Infolgedessen vermindert der systematische Rückgang des Anteils der Kinder diejenige Bevölkerungsschicht, die sich nur aus Verbrauchern zusammensetzt. Gleichzeitig wächst jedoch der Anteil der älteren Personen, aber diese beiden Bevölkerungsteile sind ganz verschiedene Größen und die Zunahme der älteren Bevölkerungsgruppen kann die verringerte Zahl der Kinder nicht ausgleichen.

Dieser ständige Schwund der verbrauchenden Bevölkerung im Verhältnis zur erzeugenden Bevölkerung vermehrt zwangsläufig die Arbeitslosigkeit, die hier als eine strukturelle bezeichnet werden kann, da sie durch die tatsächliche Struktur des Bevölkerungsaufbaues bestimmt wird. Außerdem geht infolge des Geburtenrückganges die Zahl der Bevölkerung der westlichen Länder und damit die Zahl der Verbraucher in diesen Ländern absolut zurück, was angesichts der ständig verbesserten Produktionstechnik sich wiederum in steigender Arbeitslosigkeit auswirkt. In der Tat hat sich für die europäischen Länder der Geburtenrückgang in ähnlicher Weise ausgewirkt wie der Verlust oder die Verkleinerung der Ueberseemärkte. Die Wirkung beider Erscheinungen zusammengenommen bringt wirtschaftlich und sozial schwerwiegende Folgen für diese Länder mit.

Wenn in weiten Kreisen die oberflächliche Auffassung vorherrscht, der Rückgang der Geburtenziffer sei ein Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit, muß im Lichte der statistischen Tatsachen festgestellt werden, daß dieser Rückgang im Gegenteil sich als ein wichtiger Krisenfaktor erwiesen hat, dessen schädliche Folgen für die Zukunft noch zu wachsen drohen.

In der vom Internationalen Arbeitsamt herausgegebenen Monatsschrift „Internationale Rundschau der Arbeit" (Septemberheft 1933) behandelt Professor Dr. L. Hersch, Genf diese Frage vom sozialpolitischen Standpunkt aus. Abgesehen von den notwendigen Bestrebungen zur Steigerung der Geburten ließen sich nach seiner Auffassung vom sozialpolitischen Standpunkt aus die Folgen des Geburtenrückganges durch folgende Maßnahmen bekämpfen:

a) Durch eine fortschreitende Verringerung der Arbeitszeit (durch Beschränkung der täglichen Arbeitszeit, der Zahl der Arbeitstage je Woche, durch Verlängerung des jährlichen Urlaubs usw.); b) durch eine fortschreitende Beschränkung des Zulassungsalters zur Erwerbsarbeit und Erhöhung des schulpflichtigen Alters; c) Erhöhung der Kaufkraft der Massen, insbesondere durch fortschreitende Lohnsteigerungen; d) Erweiterung der kostenlosen oder verbilligten Dienstleistungen seitens der Gemeinden; e) eine Finanzpolitik, welche die großen Vermögen und hohen Einkommen in stärkster Weise für soziale Zwecke belastet.

Eines der wichtigsten Mittel zur Bekämpfung der sich ständig infolge des Geburtenrückganges verschärfenden Krise liegt ferner in einer Veränderung der sozialen Arbeitsteilung.

Anerkanntermaßen sind unsere Bedürfnisse nicht alle in gleicher Weise elastisch, insbesondere ist die Höchstmenge der Güter, die zur Befriedigung der einzelnen Bedürfnisse dient, jeweils verschieden. Charles Gide sagt, daß „der Mensch nur eine bestimmte Menge Brot braucht und eine bestimmte Menge Wasser, um seinen Hunger und Durst zu stillen". Aber wieviel Bücher braucht ein Gelehrter und wieviel Bilder ein Kunstsammler? In dieser Hinsicht besteht eine ganze Anzahl von Bedürfnissen. Man kann wohl sagen, daß die Bedürfnisse rein materieller Art, die zur Aufrechterhaltung der Existenz notwendig sind, am geringsten sind und mit einer beschränkten Gütermenge befriedigt werden können. Dagegen sind Bedürfnisse sozialer, intellektueller, künstlerischer, geistiger usw. Art praktisch unbegrenzt, und wenn sie befriedigt werden, entstehen in der Regel noch weitere Bedürfnisse.

Wenn daher die Bevölkerung der fortgeschrittenen Länder westlicher Zivilisation nicht mehr wächst, so bedeutet das also, daß die Steigerung der Verbrauchsfähigkeit an Gütern der ersten Art, die hauptsächlich landwirtschaftliche Güter sind, ebenfalls aufhört. Die Produktion dieser Güter müßte also vermindert werden. Da aber die Zivilisation fortschreitet, steigt die Nachfrage nach Gütern der zweiten Art weiter, selbst wenn die Bevölkerung stationär bleibt.

Auf dem Gebiete der Sozialversicherung entstehen durch die neue bevölkerungspolitische Lage besondere Schwierigkeiten. Es wurde bereits festgestellt, daß der Rückgang der Geburtenziffer eine auffallende Zunahme der älteren Bevölkerungsschichten verursacht hat. Dadurch muß der Anteil der Erwachsenen im erwerbsfähigen Alter ständig zurückgehen. Daraus folgt, daß der Teil der Versicherten, der die Beiträge in die Altersversicherung zahlt, kleiner wird, während der Teil, der die Renten bezieht, größer wird. Hier muß auch berücksichtigt werden, daß aus anderen Gründen die obere Altersgrenze für die Erwerbsarbeit verringert werden sollte, so daß auch dadurch die Zahl der Rentenempfänger bedeutend zunimmt. Trotzdem wird wahrscheinlich als Ergebnis des allgemeinen Fortschritts und insbesondere der bereits erwähnten sozialpolitischen Maßnahmen der Gesundheitszustand der breiten Schichten verbessert und die Kosten anderer Sozialversicherungszweige, insbesondere der Kranken- und Unfallversicherung, verringert werden. Auf diese Weise ließen sich die höheren Kosten der Altersversicherung ausgleichen.

Es darf in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß die schädlichen Folgen des Geburtenrückganges auch durch eine sinnvolle Regelung der Auswanderungspolitik bekämpft werden könnten.

Zweifellos ist es nicht möglich, mitten in der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise solche Maßnahmen durchzuführen. Immerhin ist es wichtig, dem Problem schon jetzt seine Aufmerksamkeit zu schenken und zweckmäßige Lösungen rechtzeitig in Aussicht zu nehmen.

Krisenwende

Ein besonderes Merkmal für die kapitalistische Wirtschaft ist der stete Wechsel von Konjunktur und Krise. So folgte auf die Jahre 1927—29 mit reger Arbeitstätigkeit die außerordentlich schwere Erstarrung der Volkswirtschaft von 1929 bis Anfang 1933. Die Großhandelspreise fielen in dieser Zeit von 143 auf etwa 90. Entsprechend stieg die Kaufkraft der Mark zum Schaden aller Schuldner, insbesondere der Bauern; immer mehr Erzeugnisse mußten sie für den Preis der Währungseinheit opfern. Gefördert wurde diese Entwicklung durch die Regierung Brüning und die Gewerkschaften, die, obwohl genug gewarnt, sich von einem „Preisabbau" eine Belebung der Wirtschaft versprachen. Das Gegenteil trat ein; die Zahl der Arbeitslosen stieg von 2 auf rund 7 Millionen, zahlreiche Unternehmen brachen zusammen. Dabei wurde die Steuerschraube mehr und mehr angezogen, auf der anderen Seite Löhne und Gehälter mehrfach gesenkt, und damit die Kaufkraft weiter eingeengt. Die Folge: weitere Entlassungen usf.

Seit Frühjahr dieses Jahres bereitet sich nun in den Ländern, die Deflation betrieben haben, ein Umschwung vor. Zunächst noch langsam, aber doch überall bemerkbar. Langsam ziehen die Preise wieder an. Auch bei uns ist der Großhandelsindex Ende Juli auf 94 heraufgegangen. Die Börsenkurse verbessern sich dementsprechend zum Nutzen derer, die Aktien bei dem Tiefstand von 1932 erworben haben. Das bisher träge umlaufende oder gar gehortete Geld wird kauflustiger, und damit steigt die Nachfrage nach Arbeitsprodukten und Leistungen. Der Börsenmann sagt nun, „daß das Vertrauen zurückkehre".

Wie sich diese Entwicklung auf den Beschäftigungsgrad auswirkt, zeigen die folgenden Ziffern aus der „Freiwirtschaftlichen Presse". Nimmt man für Januar d. J. 100, so ging die Arbeitslosigkeit zurück in

Dänemark auf 52 v. H. (April),
Schweiz auf 54 v. H. (Juni),
Holland auf 60 v. H. (Mai),
Frankreich auf 71 v. H. (Juni),
Deutschland auf 80 v. H. (Juni).

Bei uns dürfte der vom Judentum in Szene gesetzte Boykott deutscher Waren und die hohen Zollmauern einen höheren Beschäftigungsgrad in der Exportindustrie verhindert haben. Trotzdem ist seit Juni die Zahl der Arbeitslosen weiter zurückgegangen, daß man augenblicklich wohl mit 66 v. H. rechnen kann.

In Oesterreich, das seit Jahren trotz internationaler Anleihen unter der „Weltkrise" leidet, haben einzelne Gemeinden zur Selbsthilfe gegriffen. Waren doch die Dinge soweit gediehen, daß hier und da die Gelder für Löhne, Gehälter und Unterstützungen fehlten. Nachdem die Stadtgemeinde Wörgl in Tirol mit ihren „Arbeitswertbestätigungen", die unter Umlaufszwang stehen, den Anfang gemacht hatte, sind auf Grund der guten Erfahrungen die Städte Hall, Schwaz, die Gemeinden Lilienfeld und Liezen in Steiermark dem Beispiel gefolgt. In einer in Wien abgehaltenen Versammlung von Gemeindevertretern wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, worin die Regieruung aufgefordert wird, durch eine Notverordnung eine gesetzliche Grundlage für das neue Tauschmittel zu schaffen. Da aber die österreichische Notenbank wohl mächtiger als die Regierung ist, darf man auf Wien keine großen Hoffnungen setzen.

Immerhin zeigt diese unter dem Druck der Not entstandene Selbsthilfe, daß wieder einmal die Not die Mutter des Fortschrittes ist. Ob die Wiener Regierung unter den augenblicklichen Verhältnissen, wo ihr da Wasser an der Kehle steht, durch ein Verbot die Lage verschärft, ist fraglich, zumal sie sicher keinen besseren Weg weiß. Man wird also die Alpengemeinden gewähren lassen. Sollte sie auf die Forderungen der Gemeinden eingehen, so dürfte ihr die Hochfinanz in die Zügel fallen. Weiß diese doch, was hier für sie auf dem Spiele steht.

Doch ist es tröstlich, zu wissen, daß sich die Front gegen die goldene Internationale von Tag zu Tag verstärkt. Die Forderung, daß die Währungshoheit dem Staate und nicht unkontrollierbaren privaten Finanzmännern gehört, wird sich eines Tages erfüllen. Einer ihrer Gegner, der Nobelpreisträger Prof. Soddy in England, schreibt über diesen Zustand:

„In ihrem Kampf mit der Autokratie hat die Demokratie übersehen, daß von allen Vorrechten der Regierung das wichtigste, wenn nicht überhaupt das allein wesentlichste in der Verwaltung des Geldmonopols zu suchen ist. Die Ursache, warum die Demokratie in ihrem Bestreben nach einer gesellschaftlichen Ordnung so völlig versagte, ist hier zu suchen. Das Münzrecht kann in keiner Weise als Privatrecht verteidigt werden. Hier we-

411 Stadt.Bibliothek S 839

nigstens befinden wir uns auf dem Boden, den auch der extremste Individualist uns nicht streitig machen wird.

Die Demokratie hat den modernen Finanzmännern Vollmachten gegeben, **wie sie noch niemals einem absoluten Herrscher zustanden.** Ohne Rücksicht auf Völker und Parlamente, Könige und Minister hat die Oberherrschaft über den Geldumlauf einigen wenigen absolute Macht über die Industrie und damit über Tod und Leben des Volkes ausgehändigt. Die Industrievölker sind so schwer verschuldet, daß die Industrie wie das Geschäft eines Bankerotteurs von den Gläubigern verwaltet wird. Shylock hat uns alle in seinen Krallen: den Wirtschaftler, den Schwarzrock, den Erfinder, den Handwerker, den Bauern; alle, alle werden unter die Kontrolle einer zentralisierten Finanzherrschaft gebracht. W. Weber.

Generalsynode und Nationalsynode.

Wie wird die neue Generalsynode gebildet? — Die preußische Kirche entsendet 19 Mitglieder in die Nationalsynode.

Die preußische Generalsynode, die von dem Vorsitzenden des Kirchensenats D. Winckler auf den 5. Septenber nach Berlin einberufen ist, ist die oberste Vertretung der größten deutschen Landeskirche. Ihren Entscheidungen kommt deshalb besondere Bedeutung für die gesamtkirchliche Entwicklung zu. Die Bildung der neuen Generalsynode erfolgt in den nächsten Wochen nach den Bestimmungen der preußischen Kirchenverfassung. Die Provinzialsynoden, von deren Entscheidung die Zusammensetzung der Generalsynode abhängt, sind bereits zum größten Teil auf Grund von Einheitslisten gebildet worden. Bis spätestens 24. August treten dann die neuen Provinzialsynoden zusammen, um die Wahl für die Generalsynode zu tätigen. Insgesamt wählen die provinziellen Körperschaften 156 Mitglieder für die Generasynode, und zwar Brandenburg 42, Sachsen 21, Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Westfalen und Rheinland je 18, Grenzmark Posen-Westpreußen 3 Mitglieder. In jeder Kirchenprovinz sind ein Drittel aus den Geistlichen, zwei Drittel aus den weltlichen Gemeindegliedern zu wählen.

Außer den gewählten Mitgliedern werden 15 von den freien kirchlichen Verbänden, der Religionslehrerschaft und den Kirchenbeamten entsandt, 5 vom Kirchensenat berufen. Weiter entsenden die theologischen Fakultäten von Berlin, Bonn, Breslau, Greifswald, Halle, Königsberg und Münster Vertreter. Die Generalsuperintendenten und die Vorsitzenden der Provinzialsynoden gehören der Generalsynode als geborene Mitglieder an. Endlich gehören zur Generalsynode noch Vertreter außerpreußischer Teile der Kirche (Danzig, Memelland, Polnisch-Oberschlesien, Posen). Insgesamt umfaßt die oberste Vertretung der altpreußischen Union 228 Mitglieder.

Die letzte außerordentliche Tagung der Generalsynode fand 1930 statt. 1931 trat die Generalsynode zu einer außerordentlichen Tagung zusammen, um den Kirchenvertrag zu verabschieden. Die **dringlichste Aufgabe der neuen Generalsynode ist die Bestimmung der in die erste Deutsche Nationalsynode zu entsendenden Mitglieder.** Nach der neuen Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche werden zwei Drittel, also 40 Mitglieder, von den Landeskirchen aus den Synoden und Kirchenleitungen entsandt. Davon entfallen auf die evangelische Kirche der altpreußischen Union 19 Mitglieder.

Zusammenbruch der Hetze.

Deutschland und die Lage in Oesterreich.

Nachdem der französisch-englische Schritt in Berlin für die Regierung Dollfuß nicht den moralischen Gewinn gebracht hatte, den sie für ihren Kampf gegen den Nationalsozialismus in Oesterreich erwartet hatte, trat das christlichsoziale Regierungsorgan, die „Reichspost", am Montag mit sensationell aufgemachten Enthüllungen über eine „Deutsche Verschwörung gegen Oesterreich" hervor. Der erhoffte Eindruck wurde lediglich in der englischen Presse erzielt, die aber in ihren Kommentaren keineswegs die Auffassung der englischen Regierung wiedergab.

Auf alle Fälle ist es nicht gelungen, Mißtrauen gegen die loyale Haltung Deutschlands zu säen und Schwierigkeiten zwischen ihm und den anderen europäischen Großmächten hervorzurufen.

Was den Inhalt der Extraausgabe der „Reichspost" im einzelnen betrifft, rückt nachstehende

Erklärung der österreichischen Landesleitung der NSDAP.

das „Material" der „Reichspost" ins rechte Licht:

1. Für die Leitung der nationalsozialistischen Politik in Oesterreich ist allein die Landesleitung zuständig und verantwortlich, infolgedessen sind alle Behauptungen, wonach das Außenpolitische Amt der NSDAP. Weisungen nach Oesterreich gegeben habe, von vornherein unzutreffend.

2. Die Landesleitung hat seit ihrer Verlegung nach München keinerlei Beziehungen mit der deutschen Gesandtschaft in Wien unterhalten. Insbesondere hat sie weder Auftrag noch Kenntnis davon erhalten, daß auf dem Wege über die Gesandtschaft Privat- oder Parteipost befördert wurde. Der von der „Reichspost" erwähnte königlich albanische Konsul E. Grosch in Frankfurt a. M. ist der Landesleitung völlig unbekannt.

3. Ebenso wenig bekannt sind der Landesleitung die zum Abdruck gebrachten Denkschriften und Memoranden über wirtschaftspolitische Maßnahmen gegen Oesterreich. Abgesehen davon vermag sie im übrigen in diesen nicht das mindeste für die Partei Belastende zu erblicken, nachdem ihr derartige Vorschläge und Anregungen unaufgefordert nicht nur vereinzelt, sondern zu Dutzenden Tag für Tag aus allen Teilen Oesterreichs zugehen als Arbeiten von Privatpersonen und Wirtschaftlern, die damit der Bewegung einen Dienst zu erweisen glauben.

4. **Die Behauptung, daß im Lager Lechfeld eine aus Oesterreichern gebildete bewaffnete Truppe zum Zwecke des Einfalls nach Oesterreich aufgestellt werde, ist vollendeter Unsinn. Richtig ist lediglich, daß die große Zahl aus Oesterreich geflüchteter Mitglieder der NSDAP., soweit sie sich nicht selbst erhalten können, in Arbeitslagern zusammengestellt werden, um zu verhindern, daß sie planlos und hilflos im Lande umherirren.**

5. **Mit diesen Feststellungen erledigen sich alle von der „Reichspost" gezogenen Schlußfolgerungen und Kombinationen.**

Weiter liegt eine Erklärung des Außenpolitischen Amtes der NSDAP. vor, die folgenden Wortlaut hat:

Die von uns erwähnten „Enthüllungen" der nunmehr im Original vorliegenden Wiener „Reichspost" geben angebliche Briefe über die deutsch-österreichische Politik und wirtschaftspolitische Betrachtungen wieder. Wir können nochmals feststellen, daß diese Briefe nicht aus dem Außenpolitischen Amt der NSDAP. stammen. Bis zur Klärung der unseren Parteigenossen Erwin Schneider und Hans von Ditz zugeschriebenen Privatbriefe sind die beiden Parteigenossen vom Außenpolitischen Amt der NSDAP. beurlaubt worden.

Schließlich hat auch noch die deutsche Gesandtschaft in Wien der Presse eine Richtigstellung übergeben. Zusammenfassend ergibt sich, daß weder das deutsche Auswärtige Amt, noch das Außenpolitische Amt der NSDAP, noch die Landesleitung der NSDAP. für Oesterreich die Rolle gespielt haben, die man ihnen zuzuschieben sucht.

Der entscheidende Vorwurf einer Einmischung reichsdeutscher Stellen in die österreichische Politik, der in Europa neue Unruhen schaffen sollte, läßt sich in keiner Weise aufrechterhalten.

Im übrigen ist es nicht gerade eine sensationelle Neuheit, daß sich die gegenwärtige österreichische Regierung in einen schweren Konflikt mit der nationalsozialistischen Bewegung in Oesterreich hineinmanövriert hat. Verwirrend für die internationale Oeffentlichkeit war die Behauptung der „Reichspost", daß in Bayern eine „österreichische Legion" zum Zwecke des Einfalles nach Oesterreich gebildet werde.

Hier ergaben sich, wie die Hintermänner dieser publizistischen Extratour wissen mußten, besonders bedenkliche Zusammenhänge mit der Abrüstungsfrage, deren gerechte Lösung durch derartige Verdächtigungen gegenüber Deutschland stark erschwert werden konnte. Auch hierüber ist erfreulicherweise rasch und vollständig Klarheit geschaffen worden. Es ist aber nach wie vor bedauerlich, daß man in Oesterreich zu solchen Mitteln gegen einen stammverwandten Staat greifen zu müssen glaubt.

Der Rundfunk dem Volke

Pressevorbesichtigung der Funk-Ausstellung 1933.

Die Pressevorbesichtigung der Funkausstellung 1933 wurde mit einer Rede des Reichssendeleiters Eugen Hadamovsky über „Die politische Linie" eingeleitet, in der er u. a. sagte:

„Alles, was heute im und durch den Rundfunk geschehe, geschehe unter dem einen großen Gesichtspunkt, dem Nationalsozialismus eine so breite Basis im Volke zu schaffen, daß eines Tages das gesamte Volk vom Weltanschauungsgut des Nationalsozialismus durchdrungen ist. Aufgabe der nationalsozialistischen Rundfunkführung werde es sein, den Rundfunk alle Zeit zu einer scharfen und zuverlässigen Waffe der Regierung zu machen und ihn zu diesem Zweck so lebendig, so lebens- und volksnah wie nur irgend möglich zu gestalten.

Der Rundfunk dem Volke! so lautet die Parole, die der Chef des deutschen Rundfunks, Reichsminister Dr. Goebbels, zur Funkausstellung gegeben hat. Diese Parole verlangt ganz eindeutig, daß alle am Rundfunk schaffenden Kräfte mitzuhelfen haben, den Rundfunk auch wirklich im Volke zu verwurzeln. Dann versteht es sich einfach von selbst, daß auch die politische Aktualität zu den erwünschten Begleitern der Rundfunkdarbietungen gehört."

Vorbereitung zum Reichsparteitag

Die Organisationsleitung des Reichsparteitages teilt mit:

Am Mittwoch trafen die Quartierkommandos der 32 Gauleitungen in Nürnberg ein und wurden von dem Reichsinspekteur Schmeer in ihre Arbeit eingeführt. Sie haben die ihnen überwiesenen Quartiere sofort übernommen und werden dafür Sorge tragen, daß diese bis zum Eintreffen der Teilnehmer sowohl in organisatorischer wie auch in sanitärer Hinsicht in ordnungsmäßigen Zustand gesetzt werden. Ferner sind sie beauftragt, die letzten Vorbereitungen für die Massenverpflegung der Parteigenossenschaft zu treffen. Die Ausgabe der offiziellen Parteitagsabzeichen erfolgt nach Ankunft in Nürnberg. Die Karten für das Feuerwerk, welches am Sonnabend, den 2. September 1933, abgebrannt wird, und welches in bezug auf Ausgestaltung und Größe das gewaltigste sein wird, was je in der Welt gezeigt wurde, sind ebenfalls zur Verteilung gekommen. Der Besitz der Karten für das Feuerwerk gibt nicht nur der Bevölkerung Nürnbergs, sondern auch den Volksgenossen der weitesten Umgebung Gelegenheit, an diesem Abend nach Nürnberg zu kommen.

Bischofskonferenz in Fulda. Wie die „Germania" von zuständiger Seite erfährt, findet in der letzten Augustwoche eine zweite deutsche Bischofskonferenz in Fulda statt.

Berthold Otto †*).

Politische Taten sind Symbole für das in einem Volke Lebendige, aber auch Männer des Gedankens können Symbole und Ausdrucksversuche des Volksgeistes sein.

Die Nöte der deutschen Revolution, die sich nun schon seit Jahrzehnten in immer neuen Ansätzen ankündigt, wobei sich immer wieder die deutsche Neigung zeigt, vor dem Sachlich-Revolutionären ins Bürgerliche mit scheinrevolutionären Manieren auszuweichen, diese Nöte scheinen nicht zuletzt in dem besonderen Charakter einer deutschen Revolution zu liegen, die tief konservativ und in dieser Konservativität radikal sozialistisch sein muß. Als ein Urkonservativer und gleichzeitig bedingungsloser, kompromißfreier Sozialist stand Berthold Otto in einem Volk, das erst Konservatismus mit enghorizontigem Herrentum und danach die nüchtern revolutionäre Tat mit einem gewalttätigen Getue zu verwechseln schien, das doch überall bereit war, mit den eigentlichen Machthabern — der Wirtschaft wie des Geistes — sehr unrevolutionäre Kompromisse zu schließen.

Als in den 90er Jahren Eugen Richter, der große Fortschrittsprophet, aus aufgestörten bürgerlichen Sicherheitstrieben die sozialistische Revolution in lächerlichen Linien den Zeitgenossen zu zeigen versuchte, schrieb Berthold Otto den „Umsturz" und zeigte, daß es sich in einer deutschen Revolution um sehr viel mehr handelt, als was ein Fortschrittsmann und auch ein SPD.-Vertreter zu ahnen vermögen, zeigte aber auch die notwendige Voraussetzung dieses Umsturzes: „Soll es bei uns einen Umsturz geben, so muß das Heer durch einen ungünstig verlaufenen Weltkrieg erschüttert, die stärkste Dynastie beseitigt sein", — ein für Berthold Otto, der stets ebenso überzeugter Militarist und Monarchist wie Sozialist gewesen, damals ganz unrealer Gedanke. Und doch arbeitete er ständig an der Verbreitung der deutschen Revolution, die für ihn freilich weder in Soldatenräten noch in moralischen Predigten über das Thema „Gemeinnutz vor Eigennutz" bestand, sondern in der Schaffung von Einrichtungen, die hinreichen, sozialistische Wirtschaft staatlich zu erzwingen und — ohne Moral — zu sichern. Das Ergebnis war „Der Zukunftsstaat als sozialistische Monarchie" (1910), in ihm seine eigentliche Entdeckung, daß die restlose Durchführung des staatlichen Scheck- und Giratverkehrs durch staatliche Wirtschaftsstatistik hinterbaut, der Punkt ist, von dem aus man zu einer lückenlosen Durchleuchtung und dadurch zur planmäßigen Gestaltung der Wirtschaft kommen kann. Auch hierzu ist keine Massenbearbeitung mit politischer Moral nötig, sondern in entscheidender Stunde Macht und Wille einiger Männer, das unheilige Dunkel der Mammonstempel zu durchleuchten.

Nie hat er sich hierbei über die Stärke der wahren deutschen Triebkräfte getäuscht, z.B. darüber, daß der Sozialismus eine tief preußische, ja adlige Angelegenheit ist, keine Sache restlos proletarischer Schichten. An Wissels Planwirtschaftsentwurf war ihm bedeutungsvoll, daß v. Möllendorf sein eigentlicher Inspirator war; im Rapallovertrag sah er Maltzahns Hand. Dagegen wies er immer wieder darauf hin, daß Hölz in den Vogtlandunruhen ausdrücklich die Schonung der Banken befohlen hatte; das war ihm ein Beweis dafür, daß die KPD. gegen die Geldherrschaft nie aufs Ganze gehen werde. Es war wohl auch sein Instinkt, der ihn zur Ablehnung nötigte, als im Kapp-Putsch Oberst Bauer, einer der wenigen, die damals die wahre Größe der Aufgabe ahnten, zu ihm kam mit der Aufforderung, sich und seine Idee der Stunde zur Verfügung zu stellen. Er fühlte wohl, das tumultuarische Vorgänge aus bügerlichen Trieben heraus nicht zur preußischen Revolution führen konnten.

Keiner der vielen Heilande war er, die Deutschland Erlösungsbotschaften predigen, aber auch kein „Schriftsteller". Er wollte etwas: eine Neubegründung deutschen Seins, und er war großzügig genug, über den Gehalt des Seins kein Wort zu sagen, sondern nur über Bedingungen. Und in dem, was er hierbei erschaut hat, hat er mehr als bloß Symbolisches dargestellt: eine klar erkannte Aufgabe. Niemand wird Deutschland befreien, der nicht versteht, durch Beherrschung — nicht Bevormundung — des durchsichtig gemachten Herstellungsapparates und Güterverkehrs eine planmäßige reine Bedarfswirtschaft herzustellen. In dieser Bedingung sind aber gleichzeitig weitestgehende geistige Konsequenzen enthalten. Nur andeutend sei darauf hingewiesen, daß er, während er der Wirtschaft die Möglichkeit zeigte, eine betrugsfreie Versorgung des Feldlagers zu sichern — denn er dachte alles Wirtschaftliche als Konsequenz des Militärischen —, gleichzeitig Art und Größe der Geistesfreiheit im Feldlager darlegte und in seiner Schule beispielhaft vorlebte. Die Frage ist nun, ob es in Deutschland noch Männer gibt, die derartige Ziele sehen und wollen. P.

*) Diese Würdigung Berthold Ottos entnehmen wir Heft 8 der Zeitschr. „Widerstand", herausg. von E. Niekisch u. A. P. Weber.

Das Land des Grauens.

Bei dem Martin-Luther-Bund, dessen Hilfsorganisationen (Gotteskasten- und Martin-Luther-Vereine) seit fast 100 Jahren für die lutherische Diaspora tätig sind, gehen jetzt täglich herzzerreißende Hilferufe unserer Volks- und Glaubensgenossen in Rußland ein. Aus ihnen allen klingt ein einziger großer Schrei uns entgegen: „Hunger! Hunger! Helft uns, wir sterben!" Und wir können helfen. Der Martin-Luther-Bund hat bereits, dank der Gaben aus seinen Freundeskreisen, viel Not gelindert. Aber bei den ungeheuerlichen Zuständen sind die Hilfeleistungen wie Tropfen auf einen heißen Stein. Um im Verein mit den anderen dem Reichsausschuß „Brüder in Not" angeschlossenen kirchlichen und volksdeutschen Verbänden das ganze deutsche Volk für die Rettungsarbeit zu gewinnen, hat der Martin-Luther-Bund jetzt eine kleine Schrift von Dr. Gottfried Werner, „Das Land des Grauens. Aus dem Reich des Gottlosentums" (Verlag: Martin-Luther-Bund, Erlangen; Preis 15. Pfg.), herausgegeben. Die in der Schrift abgedruckten Dankesbriefe zeigen, daß Hilfe möglich ist. Sie zeigen aber auch, welch unermeßliches Gottvertrauen in all den vielen Menschen lebt, trotz der vielen Ungeheuerlichkeiten, mit denen die Gottlosen jede Religion bekämpfen. Die Kirche Christi lebt trotz allem auch in Rußland, lebt in der verborgenen Gemeinschaft der Gläubigen. Die Notschreie der Hunderttausende deutschen Stammes müssen in jedes Herz dringen und die Hände öffnen. Spenden für die „Brüder in Not" können auf das Postscheckkonto: Nürnberg 40555, Martin-Luther-Bund, Erlangen, eingezahlt werden.

Hilfe für Kinderreiche

Deutscher Gemeindetag empfiehlt Einführung von Ausgleichskassen

Berlin, 18. August.

Bei Durchführung der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich zeigt sich, daß die Löhne der Kinderreichen häufig unter den Unterstützungssätzen der Arbeitsämter und der Fürsorgebehörden, und damit unter dem Existenzminimum liegen. Die Gemeinden sind bei ihrer schwierigen Finanzlage nicht in der Lage, als Ausgleich die Differenz zwischen Lohn und Fürsorgebetrag zu zahlen.

Die Frage könnte am besten durch Schaffung sogen. Ausgleichkassen geregelt werden, die sich im Ausland schon bewährt haben. Diese Ausgleichkassen sind so zu organisieren, daß die Arbeitgeber — entweder nach Gebieten oder Berufen zusammengefaßt — gewisse Beiträge an eine Zentralkasse, die Ausgleichskasse, abführen, die dann ihrerseits soziale Zulagen an die kinderreichen Arbeiter gewährt. Der einzelne Arbeitgeber hat bei diesem Verfahren durch die Beschäftigung kinderreicher Arbeiter keinen finanziellen Nachteil. Seine Beitragspflicht für die Ausgleichkasse bleibt immer die gleiche, da die Beiträge auf die Kopfzahl der Beschäftigten abgestellt sind.

Im Hinblick auf die soziale Bedeutung der Frage hat der Deutsche Gemeindetag den Reichsarbeitsminister gebeten, auch in Deutschland Ausgleichkassen ins Leben zu rufen. Wenn diesem Wunsche entsprochen wird, könnten die kinderreichen Familien ausreichend geschützt werden, wie es aus nationalen und bevölkerungspolitischen Gründen dringend geboten sei. Die geringe Mehrbelastung der Wirtschaft, die mit der Schaffung der Ausgleichkassen verbunden ist, müsse der Erreichung des höheren Zieles wegen mit in Kauf genommen werden.

Volkstum und Heimat

Zusammenschluß der führenden Verbände der Volkstums- und Heimatpflege.

Berlin, 18. August.

Die gesamten führenden Verbände der Volkstums- und Heimatbewegung haben sich zur Inangriffnahme der volkskulturellen Aufgaben des Nationalsozialismus in einen großen Bund, den Reichsbund Volkstum und Heimat, zusammengeschlossen. Der Bund ist als straff durchgegliederter Einheitsbund organisiert und erfaßt gegenwärtig bereits rund fünf Millionen deutscher Volksgenossen. Er wurde vom Stellvertreter des Führers als einziger für das Gebiet der Volkstumsarbeit innerhalb der Reichsgrenzen zuständiger und maßgeblicher Bund parteiamtlich anerkannt.

Zu gemeinsamem Wirken sind in den Reichsbund u. a. folgende Verbände aufgenommen: Deutscher Bund Heimatschutz, Volksbund Naturschutz, Fichtegesellschaft, die früher in der Gesellschaft für Volksbildung erfaßten Vereine, die Trachtenarbeitsgemeinschaft der Deutschen Landsmannschaften, Finkensteiner Bund, Musikantengilde, Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege.

Die Führung des Bundes liegt in den Händen des verdienstvollen Volkstumsforschers und Historikers Universitätsprofessor Karl Alexander von Müller-München. Ihm zur Seite treten Ministerpräsident a. D. Granzow und Landeshauptmann Haake. Mit der organisatorischen Leitung des Bundes wurde Werner Haverbeck-Berlin beauftragt.

Deutschland im englischen Licht

„Dienst ist der Grundton des modernen Deutschland".

„Als einer, der die Revolution in allen ihren Phasen beobachtet hat, kann ich bekräftigen, daß das neue Deutschland zehnmal glücklicher, gesünder und vernünftiger ist als das alte." So schreibt im „Daily Telegraph" Henry L. Littler aus St. Anne-on-Sea und fährt fort: Es ist an der Zeit, daß die Leute einer Bewegung Gerechtigkeit angedeihen lassen, die mehr ist als ein Ausbruch des Fanatismus, und einer Organisation, die größer ist als eine kleinliche Tyrannei. Beide enthalten Elemente, die unsere höchste Bewunderung und Achtung verdienen.

Dienst ist der Grundton des modernen Deutschland. Junge Männer und Frauen zu Tausenden reihen sich in den Dienst des Staates ein und geben ihre Kraft, Zeit, Geld und alles, was sie leisten können, für die Sache des Wiederaufbaues, die ihnen am Herzen liegt. Ihrer ist „der Glaube, der Berge versetzt".

Kaum weniger begeistert äußerte sich im gleichen Blatt eine soeben aus Berlin zurückgekehrte Engländerin, die ihre Eindrücke dahin zusammenfaßt, daß jedermann glücklich, zufrieden und voller Begeisterung über die Hitler-Bewegung ist. Alle arbeiteten für eine Sache: das Wohl Deutschlands. „Ein wenig von diesem Geist in England", so schließt die Verfasserin, „würde uns nichts schaden".

Entrechtung in Oesterreich

Neue Kampfmaßnahmen.

Das Ministerium Dollfuß hat das Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der österreichischen Landes- und Bundesbürgerschaft dahin abgeändert, daß mit dem Verlust der Staatsbürgerschaft zu rechnen hat, wer im Auslande „offenkundig österreichfeindliche Handlungen" unterstützt, fordert oder an solchen Handlungen teilnimmt oder sich zu diesem Zweck ohne Ausreisebewilligung ins Ausland begeben hat. Gleichzeitig kann das Vermögen solcher Personen zugunsten des Bundesschatzes beschlagnahmt werden. Ein weiterer Beschluß des Ministerrats betrifft die Durchführung der Beschlagnahme des Vermögens der politischen Parteien, deren Betätigung in Oesterreich verboten ist.

Durch das Inkrafttreten dieser Beschlüsse soll der politischen Entrechtung nun auch die wirtschaftliche Entrechtung folgen.

Wie weiter gemeldet wird, wurden dieser Tage in Innsbruck Oberstleutnant von Lützow und der Zeitungsbeamte Duirsfeld an Stelle unbekannter Täter zu 7 Wochen Arrest und 250 Schilling Geldbuße für die Heimwehr-Hilfskasse verurteilt.

Da ihr Aufenthaltsort nicht ausgekundschaftet werden konnte, wurde nun an ihrer Stelle kurzerhand der Innsbrucker Arzt Dr. Fritz Lantschner, der Vater der bekannten Skiläufer Fritz und Guzzi Lantschner, verhaftet und zur sofortigen Strafverbüßung eingeliefert. Dieses Verfahren dürfte ein Novum im Strafvollzug darstellen.

Prokisch legt Berufung ein

Wie die „Reichspost" meldet, hat der Landesleiter Prokisch, der Beamter der österreichischen Bundesbahnen ist, gegen seine von der Disziplinarkommission ausgesprochene Dienstentlassung Berufung bei der Disziplinaroberkammer eingelegt.

Prokisch verwahrt sich dabei auch dagegen, daß aus seiner dienstrechtlichen Angelegenheit eine politische Sensation gemacht wird und das Urteil der Disziplinarkommission in unverständlicher Weise und mit Wissen der Bundesbahnenverwaltung vor Ausfertigung und Uebermittlung an ihn der Oeffentlichkeit bekanntgegeben wurde.

Verfolgung der NSDAP in Oesterreich

Aberkennung der Staatsbürgerschaft und Vermögensbeschlagnahme.

Das Heimatschutz-„Abendblatt" bucht die neuesten Verfolgungsmaßnahmen der Regierung gegen gewesene Mitglieder der NSDAP., die Aberkennung der Staatsbürgerschaft und die Beschlagnahme des Vermögens als die Erfüllung der Forderungen des Heimatschutzes. Für den Verlust der Staatsbürgerschaft kämen rund 7000 Personen in Frage, wobei das Blatt u. a. Ingenieur Reuter, Hauptmann Langhans, SA.-Oberführer May, Landesleiter Prokisch, Gauleiter Solek, Hauptmann Reschny, Ingenieur Wohlrab, Abgeordneten Straßmayer, Oberstleutnant von Lützow nennt, die in erster Linie bei Durchführung der Verordnung in Betracht kämen, die aber auch zum Teil mit der Beschlagnahme ihres Vermögens zu rechnen hätten.

Dr. Schlösser zum Reichsdramaturgen ernannt. Reichsminister Dr. Goebbels hat den kulturpolitischen Schriftleiter des „Völkischen Beobachters", Dr. Reiner Schlösser, zum Reichsdramaturgen im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda ernannt.

Weltkrisis des Judentums

Sorgen auf dem zionistischen Kongreß.

Der Wiener Korrespondent der „Morningpost" sendet seinem Blatt einen Bericht über den zionistischen Weltkongreß in Prag, in dem er den in Europa herrschenden Antisemitismus behandelt und darauf hinweist, daß Deutschland in dieser Hinsicht keineswegs allein steht. Wie stark der Antisemitismus z. B. auch in Rumänien sei, habe sich vor kurzem gezeigt, als auf Ersuchen der rumäischen Regierung das jüdische olympische Sportmeeting von Czernowitz nach Prag verlegt werden mußte, weil die rumänischen Behörden die Sicherheit der jüdischen Besucher nicht gewährleisten konnten. Auch in Ungarn sei der Antisemitismus erkennbar. Schließlich macht der Korrespondent die interessante Feststellung, daß „selbst in Oesterreich, wo das augenblickliche Antinaziregime im wesentlichen mit jüdischem Geld finanziert werde", die christlichsoziale Presse bereits auf Anwendung des numerus clausus in juristischen und ärztlichen Berufen dringe.

Interessant ist auch ein Artikel der „Gazeta Warszawska", in dem ausgeführt wird, die jüdische Krisis sei durchaus kein Ergebnis der deutschen Ereignisse. Es seien bedeutend tiefer liegende Ursachen der Krisis des Weltjudentums vorhanden. Der Zusammenbruch der Weltwirtschaft, deren Formen den Zwecken des Judentums angepaßt waren und zur Grundlage seiner Macht geworden seien, müsse auch seinen Zusammenbruch mit sich bringen.

Die Völker kehrten zu einer gesunden Vernunft zurück. Dieser Vorgang drücke sich in einem allgemeinen Siege des Nationalen und in der Bestrebung aus, den Staaten eine neue Ordnung und neuen Inhalt zu geben. Die Gegenmaßnahmen, auf die die Juden sich so fest stützten, seien nichts wert. Durch sie werde höchstens eine Gegenwirkung, die man verstehen könne, hervorgerufen.

Das Blatt schließt mit der Feststellung, es läge im Interesse der Juden wie im Interesse aller Völker, daß sich das Judentum mit diesen Tatsachen abfinde. Die bisherige Position der Juden sei nicht mehr zu halten. Ihre Ausdehnung sei beendet. Es sei ein Gebot des geschichtlichen Augenblicks für die Juden, endlich ein normales Volk zu werden.

Hitlerjugend besucht Ungarn

Die Abfahrt von Berlin.

Mit klingendem Spiel marschierten 80 Angehörige der Hitlerjugend vom Hause der Reichsjugendführung durch Berlin zum Anhalter Bahnhof, von wo sie die Reise nach Ungarn antraten. Reichsjugendführer Baldur von Schirach hämmerte in einer kurzen Ansprache den jungen Berlinern ein, daß sie als Repräsentanten des neuen Deutschland in ein fremdes Land reisten und daß es Selbstverständlichkeit sei, Deutschland durch gute Führung zu vertreten.

Aufbau des Reichslandstandes nach einheitlichen Richtlinien. Reichsobmann Meinberg hat angeordnet, daß alle öffentlich rechtlichen und alle freien Organisationen, Verbände und Vereinigungen der Landwirtschaft, Forstwirtschaft, des Garten-, Obst-, Gemüse- und Weinbaues und der Tierzucht irgendwelche organisatorischen, personellen oder finanziellen Maßnahmen, die den Aufbau des Standes der deutschen Landwirtschaft berühren oder berühren können, nur treffen dürfen, nachdem sie die ausdrückliche Zustimmung des Reichsobmannes vorher eingeholt haben. Das gleiche gilt für jede Beteiligung an solchen Maßnahmen.

Arbeitsschlacht und Ernte

Das günstige Wetter der letzten Wochen hat eine Ernte auf unseren Feldern heranreifen lassen, die an Menge und Güte hinter den letzten Jahren nicht zurücksteht. Damit sind wir der Nahrungsfreiheit unseres Volkes wieder ein gutes Stück nähergerückt.

Die vor wenigen Tagen veröffentlichte amtliche Erntevorschätzung von Anfang August hat ebenso wie die letzte Saatenstandserhebung des Deutschen Landwirtschaftsrats nun auch zahlenmäßig den Nachweis geführt, daß die noch vor wenigen Wochen erwarteten Mindererträge der Getreideernte nicht eintreten werden. Es ergibt sich vielmehr ein Mehrertrag der diesjährigen Brotgetreideernte gegenüber dem Vorjahre von etwa 300 000 Tonnen. Die Gesamterntemenge an Getreide wird auf etwa 23,73 Millionen Tonnen gegenüber 23,38 Millionen Tonnen im Vorjahre geschätzt. Bei Beurteilung dieser Zahlen muß allerdings berücksichtigt werden, daß bei Durchführung der Erntevorschätzung das Getreide größtenteils noch nicht eingebracht war, so daß sich je nach dem Verlauf des Erntewetters sowie den Ergebnissen der Probedrusche noch mancherlei Aenderungen ergeben können.

Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus muß das Ergebnis der Getreideernte von 1933 entschieden begrüßt werden. Der günstige Ernteausfall erleichtert unserem Volkskanzler Adolf Hitler sein schweres Aufbauwerk. Es wäre nicht auszudenken gewesen, wenn die ohnehin vorhandenen Schwierigkeiten, die eine 14jährige Mißwirtschaft des Systems zurückgelassen hat, durch eine schlechte Ernte vergrößert worden wären.

Freilich stellt auch der unerwartet günstige Ernteausfall die Führung der deutschen Bauernpolitik vor neue Aufgaben, die aber im Rahmen der Gesamtpolitik gemeistert werden können. Ein wichtiger Angelpunkt aller Maßnahmen ist auch hier die deutsche Arbeitsschlacht, die schon jetzt zwei Millionen deutscher Volksgenossen Arbeit und Brot gegeben hat. Zwei Millionen deutscher Volksgenossen, die sich in den vergangenen Monaten nur völlig unzureichend ernähren konnten, werden nun wieder als vollgültige Verbraucher für die Erzeugnisse deutscher Bauernarbeit am Markte erscheinen. Für die Getreideverwertung, insbesondere für die Unterbringung der deutschen Weizenernte, bedeutet diese Tatsache eine ganz wesentliche Erleichterung. Der Verbrauchsrückgang an Weizen gegenüber dem Stande der Hochkonjunktur 1927-28 wurde im letzten Jahr allein auf rund 700 000 Tonnen geschätzt, das sind 14 v. H. der vorjährigen Weizenernte. Der bei der diesjährigen Weizenernte gegenüber dem Vorjahr geschätzte Mehrertrag erreicht nur etwa ein Drittel dieser Weizenmenge, die bei günstiger Beschäftigungslage für die menschliche Ernährung untergebracht werden kann.

Mengenmäßig noch stärkere Wirkungen als durch die Verbrauchssteigerung im Zusammenhang mit der Arbeitsschlacht werden sich aus anderen Maßnahmen ergeben. Durch diese können die Absatzmöglichkeiten für deutsches Getreide um nicht viel weniger als zwei Millionen Tonnen gegenüber dem Vorjahre verbessert werden. Einmal kommt in diesem Jahre jede zusätzliche Futtergetreideeinfuhr in Wegfall, außerdem wird durch die planmäßige Einschränkung der Versorgung mit Kraftfuttermitteln aus ausländischen Rohstoffen rund eine Million Tonnen einheimisches Getreide in den Futtertrog wandern. Unsere Bauern sollten von dieser Möglichkeit um so mehr Gebrauch machen, da die letzte Entwicklung der Preise für Milch und milchwirtschaftliche Erzeugnisse erhoffen läßt, daß künftig einheimische Futtermittel in der Milchwirtschaft sehr viel besser verwertet werden können als in der Vergangenheit.

Unter Berücksichtigung all dieser Verhältnisse darf die von der Landwirtschaft geübte Verkaufsdisziplin sich nicht nur darauf beschränken, die zum Verkauf beschränkten Mengen allmählich und dem Bedarf entsprechend an den Markt zu liefern. Die Verkaufsdisziplin muß vielmehr insofern eine Ausdehnung erfahren, als die Landwirtschaft insgesamt beim Roggen, bei der Gerste und beim Hafer nur so viel abliefert, als der Markt aufnehmen kann, daß sie alles andere aber im eigenen Betriebe durch den Viehmagen verwertet. Nach dem augenblicklichen Stande sollte von der Roggenernte noch nicht die Hälfte, von der Gersten- und von der Haferernte ein noch geringerer Teil dem Markt zugeführt werden.

Die hier dargelegten Verwertungsaussichten werden durch die Tatsache bekräftigt, daß die Veröffentlichung der amtlichen Erntevorschätzung keinerlei abschwächenden Einfluß auf den Markt ausgeübt hat. Aus dieser Tatsache kann man schließen, daß die augenblickliche Preishöhe bereits der tatsächlichen Versorgungslage entspricht.

Der deutsche Bauer aber kann in Ruhe die Früchte seiner diesjährigen Jahresarbeit bergen und die Bestellung der neuen Ernte in Angriff nehmen. Er kann dies tun in dem beruhigenden Gefühl, daß er ausreichende Nahrung für das ganze deutsche Volk in die Scheuern gebracht hat, und daß seitens der Führung des Staates und des Berufsstandes alles getan worden ist, damit er in diesem Jahre nicht, wie schon so oft, um die Früchte seiner Arbeit gebracht wird.

Dr. H.

Der Erfolg in Ostpreußen

Glückwunschtelegramm des Reichskanzlers.

Reichskanzler Adolf Hitler hat an den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen folgendes Glückwunschtelegramm gesandt:

Zu der vollständigen Beseitigung der Arbeitslosigkeit in der Provinz Ostpreußen beglückwünsche ich Sie herzlichst. Mit bestem Dank für Ihre Meldung hierüber wünsche ich Ihnen gleichfalls Erfolg bei der Arbeit an der Sicherung des erreichten Zieles.

Saarkundgebung am Niederwalddenkmal

Drohungen der französischen Bergverwaltung.

Die saardeutsche Kundgebung am Niederwalddenkmal am 27. August dürfte ein Ereignis von überwältigender Wucht werden. Allein zur Beförderung durch Sonderzüge haben sich rund 60 000 Teilnehmer gemeldet. Die französische Bergverwaltung hat ihren Beamten und Arbeitern bereits jetzt mitgeteilt, daß eine Teilnahme an der Niederwaldkundgebung die Entlassung der Betreffenden zur Folge haben würde.

Rundfunk im Aufbruch

Eröffnung der Berliner Funkausstellung.

Berlin, 18. August.

Die 10. Jubiläums-Funkausstellung Berlin 1933, die heute in dem Messegelände am Kaiserdamm mit Trommelwirbel und Fanfaren feierlich eröffnet wird, ist der Markstein für die geschichtliche Wende im Rundfunk.. Nach der Ansage durch einen SA.-Sprechchor wird der Schirmherr der Ausstellung, Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, die Eröffnungsansprache halten. Die Eröffnungsfeier wird über alle deutschen Sender übertragen.

Die Ausstellung wird den letzten Stand der rapiden Entwicklung der elektro-akustischen Industrie zeigen und alle Neuheiten auf dem Gebiete des Rundfunkwesens aufweisen. Nicht weniger als 28 Großfirmen stellen ihre Spezialapparate aus, und alle bringen das wichtigste Ausstellungsstück, den billigen Volksempfänger, der mit der Rede des Reichsministers Dr. Goebbels, des obersten Chefs des deutschen Rundfunks, aus der Taufe gehoben und dem Riesenheer der deutschen Rundfunkhörer übergeben wird.

Luftfahrt, Reichswehr und Marine erbringen auf hochinteressanten Sonderschauen den Beweis für die Unentbehrlichkeit der Funkentelegraphie. In der Kajüte einer großen Dornier-Merkur-Maschine der Deutschen Luft Hansa kann der Besucher der Ausstellung die Einrichtung für Funkentelegraphie sehen, die die ständige Verbindung des Piloten mit seinem Heimatshafen und allen anderen Stationen unterhält. Das Reichsamt für Flugsicherung stellt eine Fülle von Apparaten aus, aus denen man sieht, welch große und wichtige Vorkehrungen getroffen werden, um die Sicherung des Luftverkehrs zu ermöglichen. Die drahtlosen Peilungen werden vorgeführt. Ein Beweis für den hohen Stand der deutschen Industrie ist die Tatsache, daß das Balbo-Geschwader auf seiner Atlantik-Ueberquerung mit deutschen Apparaten ausgerüstet war, die ihm die sichere Fahrt garantierten.

Das Reichswehrministerium stellt die Entwicklung des Funkwesens von der Vorkriegszeit bis zur letzten Entwicklung dar. Schon seit 1901 war das deutsche Heer mit Funkstationen ausgerüstet.

Im Herero-Aufstand haben die Funker wertvolle Dienste getan,

im Weltkrieg waren sie unentbehrlich, das zeigt ein Schützengraben-Unterstand mit Nachrichtenzentrale und allen ihren Hilfsmitteln, wie Erdtelegraph, Fernsprecher, Schallsignale, Funk, Blinkgerät und auch Brieftauben. Während der Funk-Ausstellung wird ein berittener Funktrupp und ein Funktrupp auf Kraftwagen zeigen, wie die Reichswehr eine Funkstelle aufbaut.

Die Marine zeigt ein Modell der Skagerrak-Schlacht

mit allen beteiligten Schiffen, einen der kritischsten Momente in diesem größten Seetreffen aller Zeiten, wie durch einen Funkspruch eine Neuformierung der Schlachtlinie herbeigeführt wurde. Modelle des Panzerschiffes „Deutschland", des Kreuzers „Karlsruhe" und des Torpedobootes „Condor" lassen die Funkeinrichtung moderner Schiffe betrachten.

Neben den historischen Abteilungen gibt es eine Fülle Neuheiten zu sehen. Die Musik aus dem Aether wird sich in weiterer Vollendung hören lassen, das Fernsehen wird mit bedeutenden Verbesserungen gezeigt.

Erklärung zum Schuldenproblem

Das Reichswirtschaftsministerium teilt mit:

In mehreren Tageszeitungen ist gestern und heute eine Notiz über das Schulden- und Zinsproblem erschienen, in der es heißt, daß seitens der Reichsregierung gesetzliche Maßnahmen über einen allgemeinen Schuldenerlaß oder einen Nachlaß von Zinsen nicht zu erwarten seien. Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß diese Verlautbarung einen besonders gelagerten Fall betrifft und sich nur auf bereits fällig gewordene Zins- und Kapitalverpflichtungen beziehen sollte.

Freiwillige Vereinbarungen, die zwischen Schuldnern und Gläubigern stattgefunden haben oder beabsichtigt sind, werden von der Notiz in keiner Weise berührt. Es ist weiterhin festzustellen, daß sich die Reichsregierung der überragenden Bedeutung des Zins- und Schuldenproblems bewußt ist und auch Beratungen darüber pflegt, um in Bälde eine allseitig befriedigende Lösung zu bringen.

Landesbischof Müller

an die evangelische Jugend.

— Berlin, 17. August. Landesbischof Müller, der Schirmherr des evangelischen Jugendwerkes in Deutschland, wendet sich mit folgendem Wort an die evangelische Jugend:

„An das evangelische Jugendwerk Deutschlands, das sich zu meiner Freude unter seinem Reichsführer soeben neu zusammengeschlossen hat, richte ich in dieser entscheidungsvollen Stunde der Deutschen Evangelischen Kirche ein Wort herzlichen Grußes und aufrichtiger Ermutigung. Ich erwarte, daß das Werk mit seinen mehr als 700 000 Mitgliedern sich geschlossen zum Einsatz für die große volksmissionarische Aufgabe bereitstellt, wie das seine Führerschaft mir bereits gelobt hat. Jeder, der hier aus der Reihe bricht oder eigenmächtige Wege geht, erschwert die Durchführung der ungeheuren Aufgaben, die uns die Verkündigung des Evangeliums im dritten Reich stellt."

Ein Zentner Sprengstoff

in der Wohnung eines Kommunisten beschlagnahmt.

— Stettin, 17. August. Am Donnerstag abend wurde im Hause des Kommunisten Wolkner in Stettin von Beamten der Staatspolizeistelle ein kommunistisches Sprengstofflager entdeckt und beschlagnahmt. Es handelt sich um etwa einen Zentner Sprengstoff in 53 sprengfertigen Packungen, die genügt hätten, die ganze Straße in die Luft zu sprengen. Der Sprengstoff stand zur Verfügung der illegalen Bezirksleitung der KPD in Stettin. Mehrere Personen sind festgenommen worden. Der Sprengstoff war von den Kommunisten in die Kellerräume des Hauses eingemauert worden.

•

In Wanne-Eickel ist der seinerzeit von Kommunisten überfallene und schwer verletzte SA-Mann Koziolek gestorben.

Um derartige gemeine Ueberfälle der Kommunisten in Zukunft zu unterbinden, wurden jetzt eine große Anzahl früherer Angehöriger der KPD aus Wanne-Eickel, die z. B. bereits wieder aus der Schutzhaft entlassen worden waren, als Geiseln festgenommen.

Ende des Systemstreites

Vor der Gründung der „Deutschen Stenographenschaft".

Am 30. September und 1. Oktober d. J. findet in Halle der diesjährige Vertretertag des Deutschen Stenographenbundes statt. Dieser Tagung kommt besondere Bedeutung zu, da auf ihr von den Beauftragten des Nationalsozialistischen Lehrerbundes die Deutsche Stenographenschaft konstituiert werden wird, die in Zukunft die Gesamtorganisation aller deutschen Stenographen sein wird.

Das Reichsinnenministerium hat vor kurzem Richtlinien zur Förderung der Einheitskurzschrift herausgegeben. Danach wird die Kurzschrift in Zukunft Pflichtfach im Unterricht aller Handelsschulen und höheren Schulen sein. Außerdem sind eingehende Bestimmungen über ihre Erlernung durch die Beamten und Angestellten der Behörden getroffen worden.

Durch diese Maßnahmen ist auch der Streit der stenographischen Systeme endgültig beseitigt. Das Reichsinnenministerium ist der Denkschrift des NS.-Lehrerbundes gefolgt und hat allein die im Jahre 1924 geschaffene Einheitskurzschrift anerkannt; sie wird nun den Namen „Deutsche Kurzschrift" führen und allein gelehrt werden dürfen.

Im Zusammenhang mit dieser Beendung des Systemstreites beauftragte Reichsinnenminister Dr. Frick den NS.-Lehrerbund mit der Gleichschaltung der stenographischen Organisationen.

Der preußische Minister für Wirtschaft und Arbeit hat dem Sattlergesellen Albert Münchow in Silberstedt, Kreis Schleswig, aus Anlaß seines 50jährigen Arbeitsjubiläums im Betriebe der Sattlerei Hans Gloe seine Anerkennung ausgesprochen.

Freiwilliger Arbeitsdienst und Essener Ausstellung.

Die große Essener Jubiläumsausstellung des Landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen, an deren Fertigstellung mit Bienenfleiß gearbeitet wird, hat in größerem Maße zu ihrem Aufbau die Mithilfe des Freiwilligen Arbeitsdienstes herangezogen. Mit unerläßlichem Eifer arbeiten seit Wochen über 200 Arbeitsfreiwillige aus dem Arbeitslager Essen-Bredeney im Ausstellungsgelände; sie haben das große Freigelände, das demnächst den Maschinenpark, verschiedene Lehrschauen und den Vorführungsring der Tiere aufnehmen soll, gesäubert und geebnet, haben Berge abgetragen und Täler ausgefüllt, altes Mauerwerk niedergerissen und neue Bauten errichtet, kurzum sie haben dem Schaugelände eine völlig neue Form gegeben, die über die Dauer der Ausstellung hinaus für die Stadt Essen von bleibendem Nutzwert sein wird.

Es war ein glücklicher Gedanke, den Arbeitsdienst für die Zwecke der großen landwirtschaftlichen Ausstellung heranzuziehen. Ueber das rein Arbeitstechnische hinaus wird nämlich hier der Blick der vornehmlich aus Städtern zusammengesetzten Arbeitsfreiwilligen hingelenkt auf eine umfassende große Landwirtschaftsschau. Hier wird der junge aufgeschlossene Arbeitsfreiwillige, der in den nachkriegszeitlichen Jahren des politischen und wirtschaftlichen Niedergangs vielleicht niemals mit der Landwirtschaft in Berührung kam, unmittelbar in den Dienst eines großen landwirtschaftlichen und zugleich nationalwirtschaftlichen Werkes eingespannt. Solches Schaffen dient besser als Wort und Schrift durch die praktische Tat der Volks- und Standesverbundenheit.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

Vorbemerkungen

zur Posaunen-Mission am Samstag, den 19. 8 33, abds. 6 Uhr vom Rathausbalkon, Bielefeld, dargeboten von der Bethel-Posaunenmission.

Neuerdings besinnt man sich wieder auf die Schätze und das feine Musikempfinden der Alten und stimmt ihrem Grundsatz zu, daß die Musik nicht Herrin sondern Dienerin des Textes zu sein habe; ja, daß man infolgedessen in ein und demselben Liede mit der Melodie wechseln müsse, sowie ein ganz anderer Gedanke auftritt.

Dementsprechend soll **am kommenden Samstag (19. 8. 33)** Paul Gerhardts Sommerlied: **„Geh aus mein Herz und suche Freud" als** Choral-Kantate in seinen 15 Versen durch 8 Melodien, ihrem Inhalte entsprechend, dargeboten werden. — Es empfiehlt sich, zum besseren Verständnisse sein Gesangbuch mitzubringen und aufzuschlagen, im Minden-Ravensberger Gesangbuch **Nr. 399,** im Neuen Gesangbuch **Anhang Nr. 24,** und dort die Verse nachzulesen, während sie von den Posaunen erklingen.

Vers 1 und 2 in der Melodie von Harder 1813, Tonsatz v. Kantor Pleitner (früher in Heepen).
„ 3 „ 4 „ „ „ „ Dekan Schmidlin 1770, Tonf. Kuhlo
„ 5 „ 6 „ „ „ und Tonsatz v. Pastor Mergner 1880
„ 7 „ 8 „ „ „ „ „ v. Professor Becker 1890
„ 9 „ 10 „ „ „ Straßburg 1526. Feiner Tonsatz von Professor Lamping.
„ „ 11 „ „ „ Frankfurt a. M. 1738. Tonsatz Kuhlo.
„ 12 „ 13 „ „ „ Clauder 1636. Tonsatz Kuhlo.
„ 14 „ 15 „ „ „ 1530. Tonsatz Kuhlo.

Kirchliche Nachrichten der Zionsgemeinde in Bethel.

Sonntag, den 20. August 1933, 10. S. n. Trin. 8½ Uhr: Pastor Merz. 9 Uhr: Pastor Bischoff; anschließend Beichte und Abendmahl. 10 Uhr: Pastor Wilmanns. 11½ Uhr: Kindergottesdienst.

Montag, 20¼ Uhr in Gosen: Gemeindebibelstunde.

Donnerstag, 20 Uhr in der Zionskirche: Musikalische Feierstunde.

Kirchennachrichten für Schildesche.

Sonntag, 20. August: 8 Uhr vorm. Frühgottesdienst, Pastor Hopmann. 10 Uhr Hauptgottesdienst, Pastor Neuhaus. 1½ Uhr nachm. Kindergottesdienst.

Paul Göckelmann
Marie Göckelmann
geb. Kolkhorst
Vermählte

Bethel, den 18. August 1933

Gelegenheit!

Waschkunstseidener Kleiderstoff

in aparter und vornehmer Musterung, mittelfarbige, dunklere oder auch heitere Farbtöne, geschmeidige feine Qualität, angenehm glänzende Ausführung, überall tragbar, besserer Haltbarkeit wegen mit etw. Baumwolle gemischt, ungeheuer billig

Stoff für ein Kleid — 4 Meter zusammen nur RM. 1.95

Garantie: Umtausch oder Geld zurück. — Bestellen Sie bitte sofort oder verlangen Sie kostenlos unsere große Preisliste über weitere günstige Webwaren.

Textil-Manufaktur Haagen
Wilhelm Schöpflin
Haagen 37 A Baden.
Deutsches christliches Unternehmen.



Über Reißen und Zwicken, so oft das erklärlich. Die jüngere, aufgeklärte Generation weiß, daß man großartig vorbeugt mit dem berühmten, aromatischen Familien- u. naturreinen Gesundheitsgetränk
„Harnsäurefeind"
In Paketen von 1/8, 1/4, 1/2 u. 1 Pfd.
Rote Packung: RM. -.80, -.90, 1.70, 3.—
Blaue „ „ -.40, -.70, 1.30, 2.40
Klosett bes. Eis werden leicht weiß, weshalb in Drogerien, Reformgesch. u. Apotheken!

Nach Orten, wo noch nicht erhältlich, Nachnahmeversand zuzüglich Porto. Bezugsquellen, Muster und Prospekte kostenlos durch
Evers & Lange, Hamburg 11 A.
Der Tee ist zu Ladenpreisen auch bei „Ophir" vereinigte Verkaufstellen der Anstalt Bethel, Bethel bei Bielefeld, und im Reformhaus zur Gesundheit C. Bitter Nachf., Bielefeld, Bahnhofstr. 2a, zu haben.

Suche sofort ein ehrliches
jung. Mädchen
für Landwirtschaft, 15—17 Jahre.
A. Langner, Klinga 33 über Grimma (Sachsen).

Bausparbrief
über 10000 RM der Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde **zu verkaufen.** H. Lange, Landwirt, Vierde Nr. 4, Kr. Minden i. W.

Christliches Erholungsheim „Bethanien"
Langeoog / Nordsee. Wir empfehlen d. Geschwistern und Freunden unser neuerbautes Heim Es liegt in der Nähe des Badestrandes. Familiärer Gemeinschaftskreis, Andachten im Hause. Die Preise sind bedeutend herabgesetzt. Prospekte werden gern zugesandt. Anmeld. frühzeit erb. an
Christl. Erholungsheim „Bethanien", Langeoog

Erholungsaufenthalt im Wald!
Das Erholungsheim im Solling bei Dassel, Kr. Einbeck (Weserbergland) umgeben von herrlichen Fichten- und Laubwäldern mit prächtiger Fernsicht, bietet vorzügliche Erholungsmöglichkeiten. Bei Herz und Nerven besonders bewährt. Gelegenheit zu Waldwanderungen, Luft- und Sonnenbädern, Liegekuren, Diäten. Gute reichliche Verpflegung. Preise zeitgemäß. Prospekt einfordern. Anfragen an
Sekr. Friedr. Gramm.

Stickerei Hübner ist verzogen nach Goldstraße 22
Nähe Klosterplatz
Auf Hohlsaum und Zickzack kann gewartet werden.

Stellengesuche und Angebote
haben im „Aufwärts" großen Erfolg!

Bethel.

— Die Sprechstunden von Herrn Dr. Felix finden von jetzt an wieder Sonnabends von 8 bis 9 Uhr im Heilgarten statt.

Bekanntmachung.

Ein künstliches Oberkiefergebiß als gefunden gemeldet. Auskunft erteilt die unterzeichnete Behörde durch Zimmer 2.

Gadderbaum, den 16. August 1933. Der Ehrenbürgermeister als Ortspolizeibehörde: gez. Dr. Huttel.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.